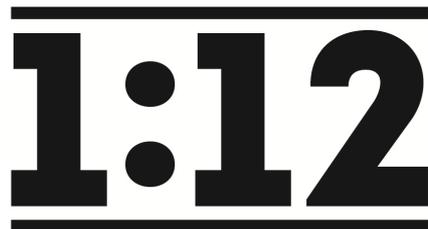


Bern, 5. November 2013



Mehr Lohngerechtigkeit ist möglich – Ja zu 1:12 am 24. November

Der Kampf für mehr Lohngerechtigkeit und gegen überrissene Abzockerlöhne geht in die letzte Runde. Heute Dienstag riefen Christian Levrat, Regula Rytz, David Roth und Giorgio Tuti im Namen von SP, Grünen, Juso und SGB zu einem Ja zur 1:12-Initiative auf. „Weder der Bundesrat noch die Wirtschaft haben ein Rezept gegen die Selbstbedienungsmentalität in den Chefetagen, deshalb braucht es 1:12“, hält die Co-Präsidentin der Grünen, Regula Rytz, fest. SP-Präsident Christian Levrat betont: „Jetzt geht es darum, dass alle Befürworterinnen und Befürworter ihre Stimme für mehr Lohngerechtigkeit auch tatsächlich abgeben“.

Die Schweiz hat sich in den letzten Monaten verändert: Zehntausende Fahnen mit den Ziffern 1:12 hängen von Balkonen und Fenstersimsen. Ein bunter Mix von Aktivistinnen und Aktivisten jeden Alters bevölkert am Wochenende die Innenstädte. Arbeitgeber und Wirtschaftsverbände verteufeln die Lohnexzesse von Topmanagern und loben die Sozialpartnerschaft. Das Thema Lohngerechtigkeit füllt täglich die Zeitungsspalten und sorgt für volle Säle bei Diskussionsrunden und Podien. Wenige Vorlagen haben in den letzten Jahren derart mobilisiert und eine solch breite öffentliche Debatte ausgelöst.

Nun gilt es ernst, die Kampagne befindet sich auf der Zielgeraden. Wer die Abzocker stoppen will, wer sich die gutschweizerischen Tugenden Vernunft und Masshalten zurückwünscht, wer die Lohnschere wieder schliessen möchte, wer sich durch Drohungen nicht einschüchtern lässt und überzeugt davon ist, dass mehr Lohngerechtigkeit positiv für Wirtschaft und Gesellschaft ist, der oder die muss am 24. November ein Ja zur 1:12-Initiative in die Urne legen.

Das Schweizer Stimmvolk hat die einmalige Gelegenheit, die Lohnexzesse auf demokratischem Weg zu beenden. Die UBS-Manager zahlten sich letztes Jahr 2.5 Milliarden Franken an Boni aus – obwohl die Bank gleichzeitig 2.5 Milliarden Verlust machte. Antrittsgeschenke von 26 Millionen Franken wie im Fall Orcel, goldene Fallschirme von 72 Millionen wie im Fall Vasella, ein Gesamtlohn von 90 Millionen Franken trotz impliziter Staatsgarantie wie im Fall Dougan. Diese Masslosigkeit gilt es jetzt zu stoppen, damit die Schweizer Wirtschaft wieder allen dient und nicht nur ein paar wenigen.



Weitere Auskünfte:

- Christian Levrat, Präsident der SP Schweiz
079 240 75 57
- Regula Rytz, Co-präsidentin Grüne Schweiz
079 353 86 38
- David Roth, Präsident der JUSO Schweiz
078 712 94 13
- Giorgio Tuti, Vize-präsident SGB und Präsident SEV
079 221 45 64